Wiener Sachverständige unterstützen die Europäische Kommission

Im Oktober 2010 traten eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter der Stadt Wien jeweils fünfmonatige Praktika bei der Europäischen Kommission in Brüssel an: Dipl.-Ing.in Margot Graf sammelte wertvolle Erfahrungen in der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mag. Martin Fiedler in der Generaldirektion Wettbewerb.

Die Wiener Margot Graf und Martin Fiedler gemeinsam in Brüssel

Vernetzung der regionalen und der europäischen Verwaltung

Die Europäische Kommission bietet MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes – so genannten nationalen Sachverständigen – mit dem Praktikum die Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeitsweise und die Tätikeitsfelder der Kommission zu gewinnen. Die berufliche Weiterbildung läuft unter dem Titel „National Experts on Professional Training – Programme“ (NEPT-Programme). Als SachbearbeiterIn ist man sowohl mit inhaltlichen als auch prozeduralen Problemstellungen konfrontiert. Der abstrakte Begriff „Europäische Kommission“ bekommt menschliche Gesichtszüge und der „Mythos Brüssel“ wird von Verständnis komplexer Zusammenhänge durchdrungen. Die regionale Verwaltung profitiert doppelt: Einerseits vom erworbenen Wissen um Entscheidungsabläufe und andererseits von den geknüpften persönlichen Beziehungen zu EU-Funktionären und damit Entscheidungsträgern der Kommission. Die Europäische Kommission erhält einen Input von nationalen Sachverständigen, die ihren Sachvers-tand, ihre Ansichten und ihren Erfahrungsschatz beisteuern, was den Arbeitsalltag der Kommission bereichert. Gemeinsam profitieren Kommission und regionale Verwaltung von einem Netz von Personen, die aus erster Hand über Kenntnisse der Kommissionsverfahren verfügen.

Der Weg nach Brüssel

Nachdem das Einverständnis der Arbeitgeberin eingeholt worden ist, geht der Entsendung eine Online-Bewerbung voraus, die europaweit von den einzelnen Mitgliedsstaaten koordiniert wird. AnsprechpartnerInnen für die Kommission sind die ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten in Brüssel. Die BewerberInnen können Präferenzen für einzelne Dienststellen in der Kommission angeben. Die Auswahl ist groß: Das Angebot reicht von den einzelnen Generaldirektionen über die Kabinette der Kommissarinnen und Kommissare bis zu den Forschungszentren der EU in Italien oder den Niederlanden. Die österreichische Vertretung in Brüssel leitet die Daten und den Lebenslauf der qualifizierten BewerberInnen an die Kommission weiter, wo sie in eine Datenbank gelangen. Die einzelnen EU-Dienststellen benützen diese Datenbank dann, um geeignete MitarbeiterInnen auszuwählen und nehmen mit diesen in der Regel telefonisch Kontakt auf, um ein kurzes Einstellungsgespräch zu führen. Es ist von großem Vorteil, die Bewerbung in Englisch auszufüllen. Das Programm findet zweimal jährlich statt und dauert drei bis maximal fünf Monate. Österreich hat dabei ein Kontingent von 5 NEPTs. Für den Turn Oktober 2010 bis Februar 2011 wurden vier ÖsterreicherInnen aus drei Bundesländern entsendet. Neben Margot Graf und Martin Fiedler absolvierten Katharina Feuersinger, eine 37jährige Juristin der Vorarlberger Landesregierung; und Elisabeth Janeschitz, eine 52jährige Vermesserin aus der Kärntner Landesregierung, ein Praktikum in Brüssel. Der Altersschnitt lag bei den Österreicherinnen und Österreichern über 40, im Gegensatz dazu waren viele NEPTs aus anderen Ländern unter 30. Im Vereinigten Königreich zum Beispiel ist dieses Praktikum Teil der Grundausbildung für den Führungskräftenachwuchs.

Investition in Personalentwicklung

In Österreich bewerben sich jedes Jahr eine Handvoll MitarbeiterInnen. Der Ansturm hält sich vermutlich deshalb in Grenzen, da der Weg nach Brüssel für die MitarbeiterInnen bedeutet, vertrautes Terrain zu verlassen, sich für kurze Zeit an fremde Gegebenheiten anpassen zu müssen und einen gewissen organisatorischen Aufwand in Kauf zu nehmen. Für Frau Graf bedeutete der Aufenthalt auch eine finanzielle

Herausforderung, da sie für ihre beiden Kinder Schul- und Wohnungskosten in Brüssel zu tragen hatte. Ein weiterer Grund für die überschaubare Anzahl an Bewerbungen könnte sein, dass die entsendende Verwaltung den Nutzen der Entsendung mit den dadurch entstehenden Kosten abwägen muss. In Zeiten von Budgetverknappung und Sparzielen keine leichte Aufgabe. Die Stadt Wien ist sich bewusst, wie wichtig die Vernetzung mit der europäischen Hauptstadt ist und sieht in den Kosten der Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine wertvolle Investition in ihre Personalentwicklung. Für den Aufenthalt der beiden NEPTs hat die Stadt Wien zusätzlich zum Gehalt eine Auslandsverwendungs- und eine Kaufkraftzulage bezahlt und die Reisekosten für die Hin- und Rückfahrt und die Wohnungskosten übernommen.

Arbeiten in der Kommission

Der Dienst für einen NEPT beginnt in der Regel um 8.45 Uhr und dauert bis 12.30 Uhr, nach der Mittagspause wird von 13.45 Uhr bis 17.30 Uhr gearbeitet, wobei manche Abteilungen auch eine flexiblere Einteilung der Arbeitszeit ermöglichen. Es herrscht eine emsige Arbeitsatmosphäre. Zur Auflockerung hat man die Gelegenheit, Meetings, Vorträge und Kurse zu besuchen. Die Kolleginnen und Kollegen sprechen in der Regel drei oder mehr Sprachen fließend. Von einem NEPT wird erwartet, dass er oder sie Englisch gut beherrscht. Die dominierende Sprache in der EU war zwar ursprünglich Französisch, spätestens mit der Osterweiterung 2004 begann sich aber in den einzelnen Generaldirektionen Englisch als Hauptsprache durchzusetzen. Die GD Landwirtschaft ist in dieser Hinsicht anders: Hier wird intern immer noch vorwiegend Französisch gesprochen, die Verhandlungen und der Schriftverkehr waren großteils auf Englisch. In Meetings verwendet jeder Teilnehmer die Sprache, in der er oder sie sich besser ausdrücken kann. Generell verhalten sich alle MitarbeiterInnen zurückhaltend und nur selten trifft man auf laute oder dominante Kolleginnen und Kollegen.

Martin Fiedler über seine Tätigkeit in der GD Wettbewerb:

„Mein Aufgabengebiet berührte insbesondere die Überprüfung von Staatsbeihilfen in Zusammenhang mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Als Erbringerin von solchen Dienstleistungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ist die Stadt Wien direkt vom Europäischen Wettbewerbsrecht betroffen. Die Mehrheit der von mir bearbeiteten Fälle betraf staatliche Beihilfen im Gesundheitswesen: Beschwerden privater Anbieter von Krankentransporten etwa, die sich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch staatliche Beihilfen an bestimmte Konkurrenten benachteiligt sehen oder Beschwerden privater Anbieter ambulanter Dienstleistungen, die eine Wettbewerbsverzerrung in der Finanzierung öffentlicher Krankenhäuser vermuten, die ebenfalls ambulante Dienstleistungen anbieten.

Martin Fiedler mit seinen Brüsseler ArbeitskollegInnen

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Problemstellungen der Daseinsvorsorge, erlaubte mir der Aufenthalt auch Einsichten in die Organisation einer Generaldirektion und deren Wirkung auf Entscheidungsprozesse zu gewinnen. Es fanden regelmäßig Unit-Meetings statt, in denen sowohl politisch und fachlich anspruchsvollere Fälle als auch allgemeine Belange wie etwa die Weiterentwicklung des Casehandlings im Spannungsfeld von qualitätsvoller Verwaltung und Steigerung der Effizienz, besprochen wurden. Der Head of Unit informiert in diesen Treffen die SachbearbeiterInnen über Vorgänge auf Direktoren-, Generaldirektoren- und politischer Ebene. Jede Entscheidung ist letztlich vom Kabinett, also den 27 Kommissaren, zu genehmigen und politisch zu verantworten.

Besonders beeindruckt hat mich die mächtige Stellung der Kommission im Bereich des Wettbewerbsrechts, in welchem sie nicht nur vollziehende, sondern auch weitreichende rechtsetzende Kompetenzen innehat. Ihre Arbeit verläuft an der Grenze zwischen Vollzug des geltenden Gemeinschaftsrechtes und laufender Wettbewerbspolitik. Hatte ich bisher Kommissionsentscheidungen von außen als reinen Vollzug des geltenden Primär- und Sekundärrechtes im Lichte der EuGH Judikatur gesehen, so sind mir jetzt interne Faktoren bewusst, die Verfahrensgänge ganz wesentlich

Kontakt:
Mag. Martin Fiedler
MBA 11
martin.fiedler@wien.gv.at

mitprägen können: Das beginnt bei Grenzen der Personalressourcen, die es notwendig machen zwischen prioritären und nicht-prioritären Fällen zu unterscheiden und geht hin zu Überlegungen, ob die Ausschöpfung der Kommissions-Kompetenzen nicht die „Integrationswilligkeit" einzelner Mitgliedstaaten gegenwärtig „überreizen" würde. Als Beispiel sei hier das Steuerrecht genannt, wo die Souveränität der Mitgliedstaaten der Möglichkeit gegenüber steht, dass die Gewährung von Steuerprivilegien (an Erbringer sozialer Dienstleistungen zum Beispiel), den Begriff der „Staatsbeihilfe" erfüllen kann und damit der Kontrolle der Kommission unterliegt.

Meine Zeit bei der Kommission war nicht zuletzt aufgrund der sympathischen internationalen Kolleginnen und Kollegen eine große persönliche und berufliche Bereicherung."

Infobox: Abgeordnete Nationale Sachverständige

Abgeordnete Nationale Sachverständige spielen bei der Kommission eine Doppelrolle – sie bringen ihre Erfahrungen mit den Themen, die sie zu Hause bearbeiten, mit und nehmen später dann Kenntnisse der EU-Praxis, die sie während ihrer Abordnung bei der Kommission erwerben, in ihre Herkunftsbehörde mit. Abgeordnete nationale Sachverständige stammen in der Regel aus dem öffentlichen Dienst der EU-Mitgliedstaaten, so dass sie in den allermeisten Fällen BeamtInnen des Zentralstaats oder der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sind. Die ExpertInnen arbeiten mit Kommissionsbeamten im normalen Tagesgeschäft zusammen. Während Ihrer Abordnung arbeiten Sie unter der Anleitung eines/einer EU-Beamten/in, entsprechend einer detaillierten Stellenbeschreibung und unter Beachtung von Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Abordnung erfolgt für eine Dauer von mindestens sechs Monaten bis höchstens vier Jahre. Eine erneute Abordnung kann erst sechs Jahre nach der ersten Abordnung erfolgen. Nationale Sachverständige werden weiter von Ihrem Arbeitgeber bezahlt. Zum Ausgleich der zusätzlichen Kosten für Wohnen und Arbeiten im Ausland zahlt die Kommission zudem Taggelder, sowie in Abhängigkeit von der Entfernung vom Herkunftsort, gegebenenfalls monatliche Zulagen.

Weitere Informationen unter: http://ec.europa.eu/civil_service/job/sne/index_de.htm

Margot Graf über ihre Arbeit in der GD Landwirtschaft:

Margot Graf bei einem Besuch des EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloş

„Ich war in der Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der Abteilung B3 – Internationale Verhandlungen mit Nachbarschaftsländern tätig. Ich unterstützte Giulio Menato bei seiner Arbeit als Deputy Head of Unit. Konkret war ich in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine und über ein Abkommen zum Schutz geografischer Herkunftsbezeichnungen, den sogenannten GIs (geographical indications) mit Moldawien eingebunden. Beide Staaten produzieren „Porto", „Sherry" und andere Getränke und Lebensmittel, die als GI in der EU geschützt sind. Diesen Schutz möchte die EU in bilateralen Verträgen auf Drittländer erweitern. Meine Aufgaben beinhalteten die Prüfung von ukrainischem und moldawischem Immaterialgüterrecht, Markengüterrecht und Lebensmittelrecht. Weiters verfasste ich ein Booklet über die bisherigen Vertragsformulierungen betreffend den Schutz von GIs bereits abgeschlossener bilateraler Verträge und half beim Entwurf von Vertragspassagen. Zum Höhepunkt meines Aufenthaltes zählte die aktive Teilnahme an den Verhandlungen mit Ukraine und Moldawien auf Ministerebene in Brüssel. Weiters war ich auch in die horizontalen Aufgaben meiner Unit, die die Leitung der „Technical Coordination Group on GIS" innehatte, eingebunden. In dieser Gruppe treffen sich alle internationalen Verhandler der Generaldirektion Landwirtschaft, die mit dem Schutz von GIs befasst sind. Ich unterstützte meinen Kollegen bei der Erstellung einer Agenda und eines Diskussionspapieres für die monatlichen Meetings und bekam die Gelegenheit, in den Meetings kurze einleitende Vorträge zu halten. Gemeinsam entwarfen wir ein Strategiedossier für Verhandlungen über GIs mit Staaten, die dem Schutz

von den mehr als 3000 EU-GIs (von Cognac bis Steirischer Kren) nur zurückhaltend eingestellt waren. Abgesehen vom Europarecht konnte ich fachlich daher im Bereich der Vermarktung von regionalen Produkten, Markengüterrecht und Völkerrecht Einblick gewinnen. Vor allem jedoch waren es die Erfahrungen an den Verhandlungstischen, die ich in meinen Beruf nun nützen möchte. Ich war beeindruckt von der Kunst der „Chefverhandler", höflich und diplomatisch ihre Interessen vorzutragen und diese in der Folge klar und sachlich zu verteidigen. Wichtig war natürlich das Kennenlernen der Möglichkeiten der Einflussnahme von Mitgliedstaaten und Interessensvertretern während eines EU-Entscheidungsprozesses. So fanden neben Expertentreffen und Ausschusssitzungen im Europäischen Rat auch in der Kommission Treffen mit Delegationen der Mitgliedstaaten statt, die einerseits ihre Interessen zum Schutz der GIs vortrugen und denen andererseits die Vertreter der Kommission die EU- Verhandlungsstandpunkte näher brachten. Meine persönlichen Erfahrungen reichten über diese beruflichen hinaus: So fand ich die Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Teilen Europas mit all ihren kulturellen Unterschieden und Eigenheiten lehrreich. Interessant war, wie vertraut mir Menschen aus Osteuropa und wie fremd mir anfangs West- und SüdeuropäerInnen in der Zusammenarbeit waren. Positiv war auch, dass wir zu zweit dieses Praktikum gemacht haben, wir haben uns unsere Kolleginnen und Kollegen wechselseitig vorgestellt, sodass wir rückblickend sehr viele nette und interessante Leute kennengelernt haben. Als Tipp für zukünftige BewerberInnen würde ich als Zeitraum für das Praktikum März bis Juni empfehlen: Das „grüne" Brüssel kann in dieser Zeit sicher besser genützt werden als an den kurzen, oft feuchtkalten Tagen im Winter. Ich glaube schon, dass ich Brüssel ein wenig vermissen werde."

Kontakt:
Dipl.-Ing.in Margot Graf
MA 64
margot.graf@wien.gv.at

Brüssel abseits des Bürobetriebes

In Brüssel hört der Tag nicht mit Büroschluss auf. Abends finden zahlreiche Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Stammtische statt, bei denen die Besucher die Gelegenheit haben, EuropapolitikerInnen, nationale PolitikerInnen und InteressensvertreterInnen auf Besuch in Brüssel kennenzulernen. Besonders interessant war zum Beispiel eine Veranstaltung des Brüsseler AK-Büros zum Thema Gender Equality, an denen unter anderem Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek und Justizkommissarin Viviane Reding teilnahmen. Die Podiumsdiskussion bot Einblick in das politische Programm der Justizkommissarin, konkret die Einführung einer Frauenquote für Aufsichtsräte von börsenotierten Unternehmen, und die Möglichkeiten ihrer rechtlichen Umsetzung. Falls man abends Abstand zu Politik und EU braucht, werden in Brüssel zahlreiche Kulturveranstaltungen angeboten oder man geht in eines der vielen Lokale, wo man bei gutem Essen mit Einheimischen oder Expats über Gott und die Welt plaudern kann. Margot Graf und Martin Fiedler waren Mitglied bei internations, einer On- und Off-line-Community für Expats, wo man sich einmal im Monat trifft und Frau Graf nahm außerdem an einer internationalen Strickrunde teil.

Margot Graf und Martin Fiedler würden KollegInnnen und Kollegen aus Wien jedenfalls empfehlen, die Chance eines Praktikums in Brüssel zu nützen. Dass auch die Europäische Kommission die Arbeit der Wiener Leute in Brüssel sehr schätzt, beweist folgendes Zitat von Joaquín Fernandez-Martin, dem Leiter der Einheit „Staatliche Beihilfen" der GD Wettbewerb: „Nationale ExpertInnen aus Wien, sind immer eine wertvolle Unterstützung für die Arbeit unserer Einheit. Sie tragen nicht nur durch fachliche Expertise bei, sondern vermitteln uns auch authentisch die Perspektive der öffentlichen Leistungserbringer. Wir hoffen sehr diese beidseitig erfolgreiche Zusammenarbeit auch in Zukunft weiterführen zu können".

Infobox: Vereinigung der Hauptstädte der Europäischen Union (UCUE)

Die UCUE wurde 1961 gegründet. Ziel der UCUE ist die Festigung der Stellung der europäischen Hauptstädte sowie die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen ihnen. Darüber hinaus führen die Mitglieder der Vereinigung Diskussionen zu hauptstadtspezifischen Problemen und betreiben einen Austausch ihrer Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen. Im Jahr 2010 wurden im Rahmen der 50. Hauptversammlung der UCUE in Warschau ökonomische Themen verstärkt behandelt. Insbesondere die Herausforderungen an die europäische Regionalpolitik 2014+ sowie die Reaktionen der europäischen Hauptstädte auf die Wirtschafts- und Finanzkrise standen im Zentrum der Diskussionen. Zudem wurde eine mittels Umfrage unter allen Mitgliedsstädten entstandene Studie vorgestellt, welche Betroffenheit und Reaktionsmuster der europäischen Hauptstädten auf die Wirtschaftskrise behandelt. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie über die UCUE versucht wird, best practices zum Umgang mit gemeinsamen Herausforderungen auszutauschen. Außerdem wurden mögliche Kooperationen mit anderen Organisationen, z. B. mit Eurocities, angedacht um Synergien zu nutzen und die Effektivität der Arbeit zu erhöhen.